



Extremisten gegen Europa

Die Europäische Union als „Defining Other“

Von Anton Pelinka
Wien, 2. Juni 2015
ISSN 2305-2635

Handlungsempfehlungen

1. Selbstbewusstes, aktives Auftreten der proeuropäischen Parteien der Mitte - die Unterstützung der Integration darf nicht verschämt erfolgen
2. Selbstbewusstes Herausstreichen der Erfolge der Europäischen Union - von der Friedensfunktion bis zu den Freiheiten des Binnenmarktes
3. Selbstbewusstes Unterstreichen des historischen Wandels Europas gegenüber dem Europa der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts

Zusammenfassung

Der europäische Einigungsprozess ist ein Produkt der politischen Mitte, die den Weg von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Union des Vertrages von Lissabon gegen den Widerstand extremistischer Parteien auf der nationalistischen äußersten Rechten und der linkssozialistisch-kommunistischen äußersten Linken durchgesetzt hat. Hinter diesem Widerstand stehen nicht nur taktische Motive, sondern auch unausgesprochene Gemeinsamkeiten latent totalitärer Vorstellungen von Politik. Von der Verhinderung des Europäischen Verteidi-

gungsvertrages 1954 bis zum Scheitern des Verfassungsvertrages 2005 demonstriert die faktische Allianz der Extremisten ihre Fähigkeit, ein Fortschreiten der Einigung Europas zu blockieren. Beide Extremisten gehen von illusionären Vorstellungen aus, die im Widerspruch zur politischen Realität stehen, die aber – populistisch vermittelt – Gefühle gegen Vernunft zu mobilisieren verstehen. Beide Extremismen sind durch ein gemeinsames „Defining Other“ verbunden – die liberale Demokratie, wie sie sich in Europa auch und vor allem in der Europäischen Union manifestiert.



Extremisten gegen Europa

Die Europäische Union als „Defining Other“¹

Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der europäischen Integration: Bei allen Weichenstellungen der Europäischen Gemeinschaften, bzw. der Europäischen Union stand eine nicht deklarierte und nicht abgesprochene, aber für alle erkennbare Allianz der extremen Rechten und der extremen Linken gegen die Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses.

Oft hatte diese stille Allianz auch Erfolg. Als 1954 in der Französischen Nationalversammlung die Ratifizierung des Europäischen Verteidigungsvertrages scheiterte, lag dies an der von den weit rechts stehenden, nationalistischen Abgeordneten und der französischen Kommunistischen Partei (KP) gebildeten Mehrheit. Die Nationalisten fürchteten um die Souveränität der Französischen Republik und sahen in einer Europaarmee vor allem den Weg zur Wiederbewaffnung Deutschlands. Das war auch ein Motiv der KP, weil es ja um die (West-) Integration der Bundesrepublik ging. Die KP war wesentlich von den Interessen Moskaus bestimmt, die in einer Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) eine Stärkung eines gegen die UdSSR gerichteten Westblocks sah.

Das alles wiederholte sich 2005. Die Ratifizierung des Verfassungsvertrages scheiterte: In einer Volksabstimmung sorgte eine von weit links stehenden und weit rechts stehenden Wählerinnen und Wählern gebildete Mehrheit für die Ablehnung dieses auf die Stärkung der Union abzielenden Vertrages; eine Mehrheit, die sich auch – wenig später – in den Niederlanden zeigte. (Pelinka 2015, 12 – 16)

Mit dieser prinzipiellen Opposition zur Vertiefung der Integration sind oft auch taktische Motive verbunden, die sich freilich verschieben können. Das gilt für das innenpolitische Oppositionsmotiv: Die britische Labour Party war 1973 gegen den britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, weil dieser Schritt vom konservativen Premier Edward Heath betrieben wurde. Und bei der französischen Abstimmung über den Verfassungsvertrag, 2005, war die Position der Sozialistischen Partei widersprüchlich, weil sich Jacques Chirac mit dem Vertrag identifiziert hatte. Das änderte aber nichts daran, dass nach entsprechenden Wahlerfolgen beider gemäßigter Linksparteien sich diese aktiv und konstruktiv an der von der politischen Mitte geprägten Politik Europas beteiligten.

Dieses Motiv mag zwar punktuell das Verhalten oppositioneller Parteien erklären, aber nicht ein Grundmuster, das sich durch die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses zieht: Dieser wurde und wird von der politischen Mitte bestimmt; jenen Parteien, die zu den „Partiefamilien“ der Konservativen/Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen gehören, und die sich im Europäischen Parlament zu entsprechenden Fraktionen zusammengeschlossen haben.

Die Anfänge der Integration wurden von Personen der rechten Mitte (Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer) und der linken Mitte (Paul Henri Spaak, Sicco Mansholt) geprägt. Die politische Mitte stellte auch immer den Präsidenten der Kommission, der sich politisch auf eine analoge Mehrheit im Europäischen Parlament zu stützen vermochte. Und auch wenn diese Mehrheit 2014 zurückgegangen ist, ist sie noch immer stabil: Die de facto-Koalition aus Konservativen/Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen war zwar von 79,9 % auf 70,4 % zurückgegangen. (Pelinka 2015, 41) Sie war aber stark genug, dem Europäischen Rat den Kommissionspräsidenten

1) Dieser Policy Brief beruht auf der Publikation „Die unheilige Allianz: Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa“, Anton Pelinka, Böhlau Verlag, <http://www.boehlau-verlag.com/978-3-205-79574-2.html>



aufzuzwingen, der das Ergebnis einer Partei- und Staaten übergreifenden Vereinbarung war.

Die Motive der extremen Rechten und der extremen Linken, die unabhängig von taktisch wechselnder Begleitmusik sind, können – zumindest auf den ersten Blick – widersprüchlicher nicht sein. Die nationalistische Rechte verteidigt eine nationalstaatliche Souveränität, der angesichts der Globalisierung die Wirklichkeit zunehmend abhanden kommt. Die kommunistisch-linksozialistische Linke kritisiert – nachdem die UdSSR als Bestimmungsfaktor nicht mehr vorhanden ist – die mangelnde Sozialstaatlichkeit der Union, obwohl gerade durch das Beharren auf der Kompetenz der Mitgliedsstaaten der demokratische Sozial- und Wohlfahrtsstaat auf nationaler Ebene im Rückschritt ist und die Entwicklung der sozialpolitischen Kompetenz der EU verhindert wird. Margaret Thatcher steht nicht primär für ein „neoliberales“ Konzept, sie steht für einen Trend des nationalen Beharrens, der mit einer Abnahme nationaler Politikfähigkeit ursächlich verbunden ist.

Die Positionen der extremen Linken

Die linksozialistisch-kommunistische Linke wird in ihrer Ablehnung des real existierenden Europa von Illusionen getrieben: von der Illusion internationaler Solidarität und von der Illusion des revolutionären Potentials des Proletariats. Diese Illusionen bauen auf den weltrevolutionären Vorstellungen, die auf Marx und Lenin zurückgehen. Doch weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg kam der Solidarität der Arbeiterbewegung eine friedenserhaltende und -gestaltende Bedeutung zu; und das europäische Proletariat, dank der Erfolge der von der politischen Mitte getragenen sozialstaatlichen Programme in relativem Wohlstand, verhält sich wie das europäische Kleinbürgertum vor zwei, drei Generationen. Das Proletariat (oder was davon übrig ist) hat mehr zu verlieren als seine Ketten, und es wird zunehmend bestimmt von Abstiegsängsten, die es mehr und mehr anfällig für fremdenfeindliche Parolen des Rechtspopulismus à la Front National macht.

Die extreme Linke, durch den Zusammenbruch des regierenden Marxismus-Leninismus eines Zentrums beraubt, misst die EU an Perfektionsansprüchen – die gerade die EU nicht erfüllen kann, auch gar nicht vorgibt, erfüllen zu können. Der Prozess der europäischen Integration zielt nicht auf einen eschatologischen Punkt Omega, den zu erreichen Marx und Lenin versprochen haben. Die extreme Linke trauert diesem Punkt Omega nach und neigt dazu, die Union nicht als ein Politikfeld zu begreifen, auf dem um soziale Verbesserungen und ökonomische Reformen jenseits der nationalen Verengungen gestritten werden kann; sondern als Verweigerung der eigenen Perfektionsansprüche.

Dabei nimmt die extreme Linke unausgesprochene Bündnisse mit der extremen Rechten in Kauf – im Fall der griechischen Koalitionsbildung 2015 sogar in Form eines formellen Regierungsbündnisses. Die extreme Linke sieht im Projekt Schrittweiser Reformen nach dem Konzept des „piecemeal engineering“ Karl Poppers – ein Konzept, das die Grundlage „westlicher“, liberaler Demokratie und damit auch der EU ist – bestenfalls einen Irrweg, schlimmstenfalls Verrat; im Sinne des Slogans kommunistischer Parteien der 1930er Jahre: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“

Die Positionen der extremen Rechten

Die extreme Rechte ist von einem Politikverständnis geprägt, das aus der Vergangenheit zu kommen scheint, das aber a priori auf Illusionen aufbaut: auf der Vorstellung von souveräner Nationalstaatlichkeit. Dieses Verständnis ignoriert entweder die ökonomische und kulturelle Globalisierung, oder dämonisiert diese im Sinne eines „Untergang des Abendlandes“, ein Szenario, das auch die an die Herrschaft gelangten rechtsextremen Bewegungen der Zeit vor 1945 bestimmt hat. Die Vorstellung eines „Herrenvolkes“ und einer „natürlich“ vorgegebenen Unterscheidung zwischen Nationen und Völkern sind diesen Endzeitvorstellungen immanent.



Illusionär war immer schon die Vorstellung nationaler Homogenität. Die Annahme, dass eine Nation, ein Volk „natürlich“ bestimmt und nicht das Produkt sich permanent verschiebender gesellschaftlicher Bestimmungsfaktoren (Anderson 2006); dass also Nation und Volk nicht unvermeidlich Produkte einer Imagination, einer subjektiven Wahrnehmung von Realität sind und nicht die Realität selbst sind, hat in der Vergangenheit in Form des Ethno-Nationalismus Schreckliches verursacht: ethnische Vertreibung, Genozide, und den auf der Erfindung einer „jüdischen Rasse“ aufbauenden Holocaust.

Die tentative Blindheit der extremen Rechten für transnationale cleavages wie Klasse, Geschlecht, Generation – Folge der Verengung auf das Nationale – macht die extreme Rechte unfähig zu einer konstruktiven Politik. In Form des Rechtspopulismus ist sie aber in der Lage, destruktiv politisch zu wirken – nötigenfalls im Zusammenspiel mit der extremen Linken.

Die extreme Rechte ist ihrem Wesen nach die Hüterin eines ebenso illusionären wie auch in seiner Exklusivität bedrohlichen Nationalismus. Die extreme Rechte macht sich dabei einen Unmut zugute, der in seinem Kern zunächst rechtsextrem ist, der aber zu einer nicht nur antieuropäischen, sondern auch für antidemokratische Ziele – etwa in Form der Ablehnung grundlegender Menschenrechte – instrumentierbar ist. Beispiele für diese Grauzone zwischen rechtspopulistisch und rechtsextrem sind die Alternative für Deutschland (AFD), die United Kingdom Independence Party (UKIP) und – für eine Regierungspartei besonders auffällig – Fidesz in Ungarn.

Die politische Mitte

Die politische Allianz der Parteien der linken und rechten Mitte baut auf einer klaren Absage an die Nationalismen von gestern und versteht den europäischen Einigungsprozess als Zähmung der Kräfte, deren Zerstörungswut die beiden Weltkriege und der Holocaust demonstriert haben. Diese Allianz der Mitte ist auch durch die Bejahung der Demokratie „westlichen“ (liberalen) Zuschnitts bestimmt.

Diese sind in den Kopenhagen-Kriterien, wie sie am Beginn des Prozesses der „Ost-Erweiterung“ 1993 formuliert wurden, deutlich ausgedrückt: Demokratie im Sinne eines Mehrparteiensystems und individueller Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit im Sinne richterlicher Unabhängigkeit, Marktwirtschaft, im Sinne eines freien Wettbewerbs.

Im Sinne der Jean Monnet zugeschriebenen Methode sieht der Integrationsprozess die wirtschaftlichen Interessen als Vehikel für den allmählichen Abbau der Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten. (Duchene 1994, 147 – 180) Die für die Union unverzichtbaren Freiheiten des Binnenmarktes und die Freiheit des nicht alle Mitgliedstaaten bindenden Schengen-Vertrages sind Ausdruck einer Offenheit, die diese Union bestimmt: Zwischen Konservativen à la CDU und Sozialdemokraten à la SPÖ kann und soll es Unterschiede und politische Konkurrenz geben. Aber diese wird gestützt durch einen Konsens, der auf den Werten der Aufklärung baut.

Das Europa der Union ist ein neues Europa. Deshalb ist es irreführend, Bilder der Vergangenheit zu bemühen, um dieses neue Europa zu erklären: Weder das Römische Reich, noch das Reich der Karolinger, erst recht nicht das Imperium Napoleons haben Europa das gebracht, was heute als geradezu selbstverständlicher Erfolg der EU gilt: die innere Friedensfunktion, die auf der Unfähigkeit der Mitgliedstaaten beruht, gegeneinander Krieg zu führen.

Diese Friedensfunktion hat mit den beiden Entwicklungsdynamiken zu tun, die von Anfang an den Integrationsprozess bestimmten und die keineswegs an einem Endpunkt angelangt sind: Die Vertiefung in Form der „Vergemeinschaftung“ nationaler Zuständigkeiten; und die Erweiterung, die aus einer westeuropäischen Gemeinschaft allmählich eine paneuropäische gemacht hat. Vertiefung und Erweiterung gehen weiter, ohne dass es eine Blaupause für die Finalität der Union geben könnte. (Van Oudenaren 2005, 29 – 70)

Die politische Mitte ist zwar – gestützt auf die Wahlen auf europäischer und auf nationaler Ebene



– noch immer im Besitz der Mehrheit in den Institutionen der EU. Dennoch ist sie durch die Entwicklungen herausgefordert, die den Linkspopulismus (Beispiel: Syriza) und den Rechtspopulismus (Beispiel: Front National) stärker werden lassen. Die politische Mitte sieht sich mit einem zwar oft nebulösen, aber dennoch wachsenden Euroskeptizismus herausgefordert. Von den verschiedenen Optionen, die der politischen Mitte der EU sich anbieten, bieten sich die auf Reform und Evolution abzielenden Strategien an: Ausbau der Demokratie innerhalb der EU (Einführung von paneuropäischen Elementen direkter Demokratie, weitere Stärkung des Europäischen Parlaments und des Mehrheitsprinzips im Rat, etc.) – und eine Identifikation mit dem Prinzip der Integration statt des gelegentlichen Rückfalls in euroskeptische Positionen aus Gründen innenpolitischen Taktierens. (Leconte 2010, 264 – 272)

Die Neustrukturierung des Parteiensystems

Dieses Europa, das aus der politischen Mitte entstanden ist, ist die Antithese zu den latent oder auch aktuell totalitären Perfektionsansprüchen der Extreme rechts und links. Die Extremisten beider Seiten sind getrennt durch die Inhalte ihrer Utopien, aber sie werden beide von Gewissheiten bestimmt, von Axiomen, die einfach als „wahr“ fingiert werden: Die „naturegebenen“ Unterschiede zwischen Nationen und „Rassen“ auf der einen Seite; und die Aufhebung sozialer Gegensätze durch einen „neuen Menschen“ auf der anderen.

Der antiutopische Charakter der Union bedeutet freilich nicht, dass die Union auf einer „wertfreien“ Grundlage aufbauen würde. Die Grundlage ist, Abstand zu gewinnen von der europäischen Vergangenheit; von dem Europa der Kriege und der Diktaturen. Und die messbaren, für alle erkennbaren Erfolge der Union – der innere Friede und die

Garantien politischer Freiheit – vermögen sehr wohl politische Bewegungen zu motivieren. (Cohn-Bendit, Verhofstadt 2012)

Die Entwicklung eines transnationalen, europäischen Parteiensystems, wie es in der Fraktionsbildung im Europäischen Parlament sichtbar ist, basiert nicht nur auf einer traditionellen links-rechts Gegensätzlichkeit; auch nicht nur auf deren Ergänzung durch eine Gegensätzlichkeit zwischen Materialismus und Postmaterialismus. Das europäische Parteiensystem ist auch und wesentlich von der Gegensätzlichkeit zwischen den Parteien der politischen Mitte und den Extremismen definiert. (Kreppel 2002, 30 – 51)

Das neue Europa, das mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begonnen hat, verspricht nicht letzte „Gerechtigkeit“. Es sorgt aber für einen Rahmen, innerhalb dessen politische Gegensätze friedlich ausgetragen werden können; für einen transnationalen Rahmen, der in dem Ausmaß Politikfähigkeit entwickelt, in dem diese auf nationaler Ebene zurückgeht. Dieses Europa ist von einer Skepsis gekennzeichnet – gegenüber den verschiedensten Utopien, deren destruktive Energien das Europa von gestern bestimmt haben. Es ist diese anti-utopische Natur des neuen Europa, die von den illusionären Bildern folgenden Extremisten rechts und links bekämpft wird.

Dieses neue Europa hat jeden Grund, auf seine bisherigen Erfolge zu verweisen – und auf die Chancen, die eine vertiefte EU in Zukunft zu erzielen vermag. Dieses Europa ist das zum Teil bereits verwirklichte Projekt einer transnationalen Demokratie und einer kosmopolitischen Gemeinschaft. (Habermas 2011, 48 –96) Europa hat daher keinen Grund, den 1951 begonnenen Weg in Richtung „Mehr Europa“ nicht fortzusetzen.



Literatur

- Anderson 2006: Benedict Anderson, Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism. (London)
- Cohn-Bendit, Verhofstadt 2012: Daniel Cohn-Bendit, Guy Verhofstadt, For Europe! Manifesto for a postnational revolution in Europe. (München)
- Habermas 2011: Jürgen Habermas, Zur Verfassung Europas. Ein Essay. (Frankfurt am Main)
- Duchene 1994: Francois Duchene, Jean Monnet. The First Statesman of Interdependence. (New York)
- Kreppel 2002: Amie Kreppel, The European Parliament und Supranational Party System. A Study in Institutional Development. (Cambridge)
- Leconte 2010: Cécile Leconte, Understanding Euroscepticism. (New York)
- Pelinka 2015: Anton Pelinka, Die unheilige Allianz. Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa. (Wien)
- Van Oudenaren 2005: John Van Oudenaren, Uniting Europe. An Introduction to the European Union. 2nd ed. (Lanham)



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Über den Autor

Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka ist Professor für Politikwissenschaft und Nationalismusstudien an der englischsprachigen Central European University in Budapest.

Kontakt: Anton.Pelinka@uibk.ac.at

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen, der Organisation, für die der Autor arbeitet, überein.

Zitation

Pelinka, A. (2015). *Extremisten gegen Europa: Die Europäische Union als »Defining Other«*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 20'2015

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt
Verantwortlich: Christoph Breinschmid, M.A.

Tel.: +43 1 533 4999
Fax: +43 1 533 4999 – 40
E-Mail: policybriefs@oegfe.at
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>